

Der Vorsitzende der UDW-Fraktion  
in der Stadtverordnetenversammlung Drolshagen  
Dr. Christoph Buchholz  
Zipperlingssiepen 6a  
57489 Drolshagen  
Tel.: 02761-834175  
Fax: 02761-834176  
Email: christoph.buchholz@udw-drolshagen.de

# UDW

*...immer dran*

## Rede zum Haushalt 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Stadtverordnete, sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Haushaltsentwurf 2015 liegt zur Abstimmung vor und heute müssen wir über diesen Entwurf beschließen. Ein mir bekannter pensionierter Kämmerer einer nordrhein-westfälischen Stadt beschrieb diesen Zeitpunkt leicht ironisch damit, dass die Arbeit des Kämmerers jetzt geschafft sei und dass jetzt erst einmal die Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen politischen Gruppen und Parteien die Gelegenheit nutzen würden, wohlgesetzte staatstragende Reden zu halten.

Ich möchte Ihnen heute keine wohlgesetzte und schon gar nicht eine staatstragende Rede halten. Ich möchte heute nur noch einmal zu dem Stellung nehmen, um das es heute geht, nämlich um unseren Haushalt.

Und an dieser Stelle möchte ich als erstes Herrn Lange und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die immense Arbeit und wohl manche Überstunde danken, die in dem Entwurf steckt. Und wenn ich im Folgenden auch sicherlich einige sehr kritische Worte verlieren werde, so gilt diese Kritik nicht den angesprochenen Mitarbeitern, sondern dem Inhalt des Entwurfes, der von der Verwaltungsspitze und vor allem auch von uns, dem Rat, das heißt von Ihnen meine Damen und Herren, vorgegeben wird und zu verantworten ist.

Um das Ergebnis für uns von der UDW vorwegzunehmen:

Wir werden diesem Haushalt nicht zustimmen!

Dabei geht es weniger um unsere Änderungsanträge, denen der Haupt- und Finanzausschuss nicht zugestimmt hat: insoweit möchte ich nur auf einen Antrag kurz näher eingehen, bei dem mich weniger die Ablehnung durch den Ausschuss als solche als deren Begründung vor allem durch Sie, Herr Hilchenbach, doch ziemlich betroffen gemacht hat, nämlich unseren Antrag, angesichts der weiter steigenden Flüchtlingszahlen einen Flüchtlingsbeauftragten zu bestellen.

Unser Antrag ging dahin, auf zwei Jahre zeitlich befristet eine halbe Stelle in Tarifgruppe E5 hierfür einzurichten. Das Aufgabengebiet sollte sein die soziale Betreuung der Flüchtlinge von der Begrüßung über die Versorgung mit Wohnraum – natürlich in Zusammenarbeit mit den bisherigen Stellen der Verwaltung - und sonstige soziale Belange sowie vor allem auch die organisatorische Betreuung der ehrenamtlichen Helfer im Netzwerk Asyl, die hervorra-

gende Arbeit leisten und für deren Einsatz ich auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich danken möchte. Zudem sollte er oder sie die Belange der Flüchtlinge in der Verwaltung und den politischen Gremien vertreten. Insgesamt kann man das Ziel zusammenfassend damit beschreiben, eine „Willkommenskultur“ in Drolshagen nicht nur den ehrenamtlichen Helfern zu überlassen, während die Stadt die Flüchtlinge lediglich als Verwaltungsproblem behandelt (was es sicherlich auch – aber eben nicht nur - ist), sondern diese Willkommenskultur auch in der Verwaltung zu verankern. Verstehen Sie dies bitte nicht falsch, es soll keine Kritik an den Mitarbeitern unserer Verwaltung sein, die sich um die Flüchtlinge kümmern, doch diese Mitarbeiter sind, wie Sie, Herr Hilchenbach, in ihrer Haushaltsrede selbst feststellen, an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angekommen. Die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung kann heute schon vielfach nicht mehr das Ziel erreichen, weil das Personal fehlt, so z.B. für eine Lagerung und Verteilung von Sachspenden, die von den Flüchtlingen teilweise dringend benötigt werden.

Die Anmerkung sei mir erlaubt: es ist interessant zu sehen, dass ausgerechnet die Fraktionen mit dem christlichen C im Namen sich gegen eine derartige Stelle aussprechen. Und als handele es sich bei den Asylbewerbern um Versuchskaninchen, will man es einmal mit einem BuFDi probieren, doch ein BuFDi ist doch nichts anderes als eine Taube auf dem Dach, die Zahlen der Bewerber sind im letzten Jahr um  $\frac{1}{4}$  eingebrochen, zudem haben Sie, Herr Hilchenbach, ja selbst im HFA zutreffend ausgeführt, was ein BuFDi alles nicht erledigen kann. Dass zumindest die CDU Fraktion im letzten Jahr noch die Beigeordnetenstelle neu besetzen wollte, entkräftet in sofern auch das Argument mit den Personalkosten. Kostenargumente einer vielleicht geläuterten CDU hätten wir ja vielleicht noch verstanden, doch hier scheint eher ein allgemeines Wertschätzungsproblem vorzuliegen. Nur so ist auch zu erklären, dass Ihre Begründung der Ablehnung, Herr Hilchenbach, dass ein E5-Mitarbeiter für einen solchen Job nichts taugt, fast schon beleidigend wirkte. Ist Ihnen bekannt, was heute im Sozialbereich verdient wird? Eine Altenpflegerin im Gerhardushaus z.B. verdient gerade die Hälfte! Hier bei der Flüchtlingsbetreuung brauchen wir keine akademisch zertifizierten Sozialarbeiter, die schöne Charts erstellen können, sondern einen Mitarbeiter mit Engagement und Empatie! Und im Ergebnis ist Ihre Äußerung nichts anderes als die Maxime: Was nix kostet, taugt auch nix, eine Maxime, unter der vielleicht insgesamt hier die Verwaltung steht und die mir hier die Überleitung für die Darstellung unserer Ablehnungsgründe bietet:

Der Grund für unsere Ablehnung des Haushalts liegt in der katastrophalen finanziellen Entwicklung der Stadt, die dieser Haushaltsentwurf und insbesondere auch die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nicht ansatzweise berücksichtigen:

Seit der Eröffnungsbilanz vom 1.1.2008 sank das Eigenkapital der Stadt in nur 6 Jahren von knapp 29 Mio. € bis Ende 2013 – bis zu diesem Zeitpunkt liegen endgültige Zahlen vor – auf gut 19,6 Mio €, in 2014 dürfte ein weiterer Bilanzverlust in Höhe von 2,1 Mio € hinzugekommen sein (458.439,00 € Bilanzverlust gem. Haushaltsplan 2014 + mindestens 1.635.692,- € zusätzliche Mindereinnahmen gem. Finanzzwischenbericht vom 30.09.2014), so dass sich das Eigenkapital noch einmal auf ca. 17,5 Mio. € reduziert haben dürfte, endgültige Zahlen für 2014 liegen uns natürlich noch nicht vor. Dies bedeutet einen Eigenkapitalverzehr in nur 7 Jahren von fast 40 %!

Seit dem Haushaltsjahr 2012 befindet sich Drolshagen in der Haushaltssicherung mit zunächst der Zusage der Stadt, bis 2015 einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen.

In 2012 selbst fiel das Jahresergebnis zwar etwas besser aus als geplant – hier war die Ausgabenpolitik infolge des erstmalig aufzustellenden Haushaltssicherungskonzeptes wohl noch etwas vorsichtiger gewesen, ein weiterer Verlust wurde gleichwohl erzielt -, aber schon 2013 wurde mit ca. 1,66 Mio. € ein Rekorddefizit erwirtschaftet. Und schon 2013, also ein Jahr nach Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes, mußte das Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, von 2015 auf 2017 verschoben werden, und eine weitere Verschiebung dieses Zieles bzw. eine Zustimmung der Kommunalaufsicht ist nach Aussage von Herrn Lange nicht zu erwarten, auch wenn § 76 Abs. 2 S. 2 GO NRW heute vorsieht, dass ein Haushaltssicherungskonzept erst spätestens nach 10 Jahren einen ausgeglichenen Haushalt vorsehen muss (was, wenn man den Beginn der Haushaltssicherung in 2012 betrachtet, ja erst in 2022 der Fall wäre).

Das desaströse Ergebnis in 2013 hinderte Verwaltung und Rat beim Haushalt 2014 nicht, wieder mit Fantazahlen zu planen: Statt der geplanten Einnahmen aus Gewerbesteuer in Höhe von 8,25 Mio € wurden tatsächlich – wenn ich es richtig verstanden habe – lediglich 6,4 Mio € erzielt, ein Minus von ca. 1,85 Mio €! Mit einem gesamten Bilanzverlust von 2,1 Mio €, der zu befürchten ist, topt dieses Ergebnis noch das Katastrophenergebnis von 2013. Und dieses, die schlimmsten Befürchtungen noch weit übertreffende Ergebnis wurde erzielt, obwohl die Beigeordnetenstelle im Laufe des Jahres gegen den Widerstand der Verwaltungsspitze und der CDU wegfiel und so doch deutlich Kosten gespart wurden!

War „der Einbruch der Gewerbesteuer“ völlig überraschend? Nein, es war voraussehbar, dass die Fantazahlen des Haushaltsplanes nicht zu erzielen waren. Ratsfraktionen, die wie die UDW den unrealistisch hohen Ansatz bereits bei der Haushaltsberatung 2014 beanstandet hatten, wurden dafür als Schwarzmaler und Pessimisten betitelt, und es wurde ihnen vorgeworfen, mit Pessimismus könne man keine Zukunftspolitik betreiben. Ich frage Sie: Ist das Zukunftspolitik, wenn wir die Zukunft heute verprassen?

Insgesamt bleibt festzuhalten: Trotz Haushaltssicherungskonzept steigen die Bilanzverluste drastisch von Jahr zu Jahr.

Allein eine Bilanzbetrachtung zeigt zwar die Tendenz der Entwicklung, aber nicht das ganze Ausmaß der Misere:

Sehen wir auf die Liquiditätssituation der Stadt, so muß mit Erschrecken konstatiert werden, dass die Kreditermächtigung für sogenannte Kassenkredite noch kurz vor Weihnachten von 8 Mio € auf 10 Mio € angehoben werden musste, damit die Stadt überhaupt Gehälter zahlen und den laufenden Verpflichtungen nachkommen konnte! Diese Kreditermächtigung war bis zum 15.11.2014 bereits in Höhe von 7,5 Mio € in Anspruch genommen worden. Zum Vergleich: In Olpe mit ca. der doppelten Einwohnerzahl beträgt die Kreditermächtigung für Kassenkredite gerade einmal 1 Mio €!

Und die Verschuldungssituation? Zum Bilanzstichtag 31.12.2013 betragen die Verbindlichkeiten der Stadt über 28,7 Mio. €, das sind zwar „nur“ ca. 2.340,- € je Einwohner, vielen Städten in NRW geht es da noch viel schlechter, wobei hierfür aber vielfach völlig andere Ursachen ausschlaggebend sind, die Situation hat sich seitdem aber auch bei uns weiter drastisch verschlechtert und wird sich noch drastisch weiter verschlechtern, wenn wir die immensen Investitionen für die Sekundarschule stemmen müssen! Auch hier nur einmal

zum Vergleich: in Olpe sind es gerade 629,- € je Einwohner, in Attendorn 474,- € und in Wenden sogar nur 162,- € (Zahlen Drolshagen Jahresabschluss 2013, sonst nach Focus OnlineMoney vom 6.8.2014)!

Bei dieser Entwicklung hilft es auch nicht, wenn auf fehlende Schlüsselzuweisungen trotz Finanzsicherung oder auf die immer weiter steigende Kreisumlage geschimpft wird: Der kommunale Finanzausgleich in NRW knüpft nicht, wie Ihnen ja sicherlich bekannt ist, an die aktuelle Finanzsituation einer Gemeinde an, hier werden nicht die ausgabefreudigen Gemeinden belohnt, sondern an die Ertragskraft und einen – theoretisch berechneten – Finanzbedarf. Sicherlich mag die Berechnung vor allem dieses Bedarfs hinterfragt und auf den politischen Ebenen dafür gekämpft werden, dass nicht große Gemeinden hier besser gestellt werden als kleine; die Tatsache, dass Drolshagen beim kommunalen Finanzausgleich aber wohl auf absehbare Zeit leer ausgehen wird, zeigt jedoch, dass Drolshagen jedenfalls im Vergleich mit anderen Gemeinden im Verhältnis von Ertragskraft zu Finanzbedarf relativ günstig dasteht, was wiederum ganz einfach bedeutet: wenn wir mit dem Geld trotzdem nicht auskommen, das wir zur Verfügung haben, dann leben wir schlicht über unsere Verhältnisse! Auch ein Privatmann kann und darf auf Dauer nicht mehr ausgeben, als er zur Verfügung hat, selbst wenn er meint, er müsste eigentlich ja viel mehr Geld bekommen als er tatsächlich verdient. Der kontinuierliche Verzehr des Eigenkapitals jedenfalls zeigt, mehr noch als der Verschuldungsgrad: Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse!

Die Folge, dass wir hier in Drolshagen lange Zeit über unsere Verhältnisse gelebt haben, ist, dass wichtige Investitionen von der Stadt heute nicht mehr geleistet werden können: Bei Straßenreparaturen und der Sanierung des Kanalnetzes schiebt die Stadt einen erheblichen Investitions- und Reparaturstau vor sich her, gleiches gilt für Investitionen beim Bauhof oder wichtigen Anschaffungen bei der Feuerwehr: das Geld ist einfach nicht mehr da! Und die finanzielle Situation wird ja, so wie es jetzt aussieht, in den nächsten Jahren auch nicht besser werden: Wenn wir heute davon reden, dass Investitionen auf das nächste Jahr verschoben werden, dann sollten wir auch so ehrlich sein und den Leuten sagen: im Grunde in eine ungewisse Zukunft! Und die Anwohner, die sich vielleicht freuen, dass sie in diesem bzw. im folgenden Jahr noch nicht mit Anliegerbeiträgen zur Kasse gebeten werden, seien auf das Risiko hingewiesen, dass die Anliegerbeiträge in kommenden Jahren ja vielleicht auch noch weiter erhöht werden müssen, um den Haushaltsausgleich für die Stadt zu schaffen.

Braucht die Stadt z.B. wirklich zwingend den Neubau einer Sekundarschule mit Investitionen in Millionenhöhe und daraus folgenden erheblichen Abschreibungen und Betriebs- und Unterhaltungskosten? Noch in einem Zeitungsinterview mit der WP vom 7.1.2013 teilte Herr Spitzer mit, dass für den Neubau mit einem Kostenvolumen „jenseits der Millionengrenze zu rechnen sei“. Bereits in einem weiteren Interview mit der WP vom 9.9.2013, also nur 8 Monate später, erklärte er dann, die Gesamtkosten dürften sich jenseits von 2 Millionen Euro bewegen. Nach Planungsstand vom November 2014, also noch einmal 14 Monate weiter, werden schon 4 Mio. € benötigt: Wo die Kosten bei einer jährlichen Verdoppelungsrate dann enden werden, wissen wir heute noch nicht, hoffen jedoch, dass wir demnächst in Drolshagen nicht noch neben einem Leuchtturm auch noch einen Berliner Flughafen haben.

Wäre es hier nicht auch eine Nummer kleiner gegangen? Aber alle Vorschläge, hier etwas Maß zu halten, zuletzt noch z.B. sich auch erst einmal mit einer gebrauchten Kücheneinrichtung zu bescheiden, bis absehbar ist, ob der Standort angesichts der Entwicklung der

Schülerzahlen überhaupt in den nächsten Jahren Bestand haben wird oder ob wir uns hier Kapazitäten für Leerstand hinsetzen, werden ohne Diskussion abgeblockt. Was nix kostet taugt auch nix!

Ich frage Sie Herr Hilchenbach: Was bedeutet konkret Ihre Aussage in Ihrer Haushaltsrede, wir hätten hiermit den Schulstandort gestärkt? Ist das nicht nur eine leere Worthülse? Der Standort Drolshagen ist jedenfalls finanziell massiv geschwächt wenn nicht sogar beschädigt worden, wo liegt dann die Stärkung? Brauchen die Drolshagener Schulkinder einen Neubau in Drolshagen mit diesem Kostenaufwand oder braucht hier die Stadtverwaltung eine weiterführende Schule für das vermeintliche Image der Stadt? Für die Schüler aus den Drolshagener Dörfern ist es wohl völlig gleichgültig, ob sie mit dem Bus nach Olpe oder nach Drolshagen zur Schule fahren. Selbst Schüler aus Drolshagen-Stadt werden teilweise auf den Schulbusverkehr angewiesen sein. Und ist es für einen Sekundarschüler so viel schwerer, mit dem Schulbus zur Schule zu fahren als für einen Gymnasiasten? Oder brauchen wir dann auch noch ein Gymnasium oder zumindest den Ausbau der Sekundarschule zur Gesamtschule? Fragen Sie doch einmal die Drolshagener Bürger, ob sie den Investitionsschwerpunkt eher in diese Schule oder in die Straßenreparaturen und Kanalsanierungen oder in Wirtschaftsförderungsmaßnahmen legen würden. Was hätte man mit 4 Mio € nicht alles anfangen können! Als bloße Imagemaßnahme dürfte es wohl eine riesige Fehlinvestition sein: das Image der Stadt hinsichtlich Wohnwert und Standort für Arbeitsplätze wird wohl kaum durch das Vorhandensein einer Sekundarschule als vielmehr durch andere Infrastrukturkriterien wie die Höhe der Gebühren und Abgaben, den Zustand der vorhandenen Infrastruktur oder das Angebot an Geschäften geprägt. Schon heute hat Drolshagen, verglichen mit Attendorn, Olpe und Wenden, die höchsten Realsteuern, abgesehen von der Grundsteuer B gilt dies auch für Bergneustadt, daran wird sich auch angesichts der Ausgabenpolitik in Zukunft nichts ändern, im Gegenteil, die Steuern werden in den kommenden Jahren weiter steigen. In 2017 ist ein weiterer Anstieg des Gewerbesteuerhebesatzes um sogar 10 Prozentpunkte geplant. Welcher Gewerbesteuerzahler soll denn noch Drolshagen als Standort auswählen, wenn er wesentlich günstigere Alternativen hat?

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: eine Sekundarschule am Ort ist sicher schön. Schön allein aber reicht nicht, wenn man kein Geld hat. Der Harz IV-Empfänger kann sich auch nicht den Maledivenurlaub leisten, der auch schön sein mag, selbst wenn es sich im Last-Minute-Angebot um eine Chance handelt, von der er glaubt, sie sich nicht entgehen lassen zu dürfen. Und solche Chancen gibt es ja offenbar auch hier viele.

Auch wenn der Zug hier aus unserer Sicht wohl in die falsche Richtung abgefahren und eine Reißleine kaum mehr zu ziehen ist, ist dies doch ein signifikantes Beispiel für die Maxime der Verwaltung und der bisherigen Ratsmehrheit: was nix kostet taugt auch nix, und wenn uns die Kosten in den Nothaushalt treiben. Man hat fast den Eindruck, dass Sie das Ziel, in 2017 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, schon längst aufgegeben haben und nach dem Motto investieren: dann stellen wir uns jetzt noch schnell alles hin, was wir später in einem Nothaushalt nicht mehr bekommen können.

Insgesamt zeigt die finanzielle Entwicklung der Stadt, dass sogar trotz der Haushaltssicherung seit 2012 die Ertragssituation der Stadt von Jahr zu Jahr schlechter wird, statt dass auch nur Ansätze einer Haushaltskonsolidisierung zu erkennen sind. Die Konsolidierungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes greifen nicht bzw. sind nicht ansatzweise ausreichend.

Und bei all dem liegt noch eine tickende Zeitbombe in der Finanzsituation: Im Moment profitiert die Stadt Drolshagen – wie alle öffentlichen Haushalte - von den historisch niedrigen Zinsen. Auch wenn im Moment nach Meinung fast aller Finanzexperten mit einem deutlichen Zinsanstieg nicht zu rechnen ist: schon ein moderater Zinsanstieg dürfte die Stadt bei den hohen Kassenkrediten mit variablem Zinssatz finanziell ins Schleudern bringen, und eine längere Prognose als für ein paar Monate wird Ihnen auch kein Finanzfachmann geben wollen (und so rechnete ja auch 2007, als die Stadt die verlustbringenden SWAP-Wetten abschloss, niemand mit dem drastischen Zinsverfall bis 2010, der uns dann einen Millionenverlust bescherte). Wollte man diesem Risiko ausweichen, dann müßte man auf längerfristige Festzinskredite umschulden, was ebenfalls sofort das Ergebnis weiter belasten würde.

Ich höre jetzt schon Ihre Einwände, meine Damen und Herren: „Dann machen Sie doch Vorschläge, wo wir weiter einsparen können, wie wir unsere finanzielle Situation nachhaltig verbessern können. Ohne solche Vorschläge einen Haushalt einfach abzulehnen führt nicht weiter!“

Hierzu kann ich nur folgendes sagen: Die Gemeindeordnung NRW macht in § 76 Abs. 2 Satz 3 die Vorgabe, dass grundsätzlich ein Haushaltssicherungskonzept nach spätestens 10 Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen muss. Und dass den Gemeinden hier grundsätzlich eine mehrjährige Frist zugestanden wird, steht ja mit gutem Grund im Gesetz: Ein ausgeglichener Haushalt ist in aller Regel nicht mit ein paar Sparbeschlüssen in einer Haushaltsdebatte zu erzielen. Ein ausgeglichener Haushalt ist auch nicht im Wege eines Hauruck-Verfahrens der Verwaltung zu erreichen. Es bringt auch nichts, wenn schnell etwas vom Tafelsilber der Gemeinde verscherbelt wird, das verbessert nur kurzfristig die Liquidität, aber nicht nachhaltig die Kostenstrukturen. Sie selbst, Herr Hilchenbach, belächelten ja noch in der Sitzung des HFA eine Nachbargemeinde, dass sie versuche, mit Holzverkäufen ihr Haushaltsproblem in den Griff zu bekommen.

Ein ausgeglichener Haushalt erfordert im Falle einer Haushaltssicherungssituation in aller Regel tiefgreifende strukturelle Veränderungen in der Verwaltungs- und Kostenstruktur der Gemeinde, die langfristig zu planen und umzusetzen sind, um nachhaltig die Ertragssituation zu verändern und zu verbessern. Es bringt also gar nichts, wenn wir in einer Haushaltsdebatte die eine oder andere Investition verschieben, die ein oder andere Einsparmöglichkeit oder neue Einnahmequellen diskutieren, oder gar Allgemeinplätze empfehlen wie dass die Verwaltung doch verstärkt die Möglichkeiten einer interkommunalen Zusammenarbeit prüfen solle. Dass Sie, Herr Hilchenbach, zu diesem Thema abendfüllende Vorträge halten können, wie Sie es in der Sitzung des AStU schilderten, will ich Ihnen gerne glauben. Uns helfen aber auch keine abendfüllenden Vorträge weiter.

Was wir hier dringend brauchen, ist Fantasie und Kreativität, mit der Wege gesucht werden, die Kostenstrukturen der Gemeinde nachhaltig zu verändern und damit auch die Gemeindefinanzen in Ordnung zu bringen. Und zu der geforderten Fantasie und Kreativität muss der Mut und die Durchsetzungskraft kommen, auch unpopuläre Schritte zu gehen, der Mut und die Durchsetzungskraft, nicht jedem finanziellen Wunsch, der an die Stadt herangetragen wird, nicht jeder Begehrlichkeit auch nachzugeben, der Mut, auch einmal Nein sagen zu können, selbst wenn der Wunsch als solcher verständlich sein mag. Sparen ist immer unpopulär und stößt auf Widerstand.

Aktuell kann ich hier nur auf das Thema Leiterwagen der Feuerwehr hinweisen, das wir gleich ja noch einmal diskutieren werden.

Doch zurück zum Thema: Das ganze Sanierungsprogramm muss ein langfristig angelegter Prozess sein, der sich nicht in einmaligen Haushaltsberatungen erschöpfen kann. Und hier sind in allererster Linie Sie, Herr Hilchenbach, als Verwaltungsspitze gefragt und in der Verantwortung.

Wir erwarten nicht, dass heute nach Jahren, in denen nur Verluste erwirtschaftet wurden, auf einmal mit der Vorlage eines neuen Haushaltsentwurfes alle Probleme beseitigt sind. Wir erwarten nicht, dass Sie die eierlegende Wollmilchsau aus Ihrem Rucksack holen, wir erwarten nicht, dass Sie mit einem Zauberspruch die Welt wieder in Ordnung bringen.

Aber wir erwarten diese Kreativität und Fantasie, die zwingend notwendig ist, um die erforderlichen Konzepte zu entwickeln, und wir erwarten den Willen, die notwendigen Reformen auch endlich anzupacken! Und wir erwarten von Ihnen den Mut, ein Sparkonzept auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen durchzusetzen und den Begehrlichkeiten zu widerstehen. Dass dies nicht einfach ist, ist uns bewußt. Ginge es nur um einfache Aufgaben, dann könnten wir die Verwaltungsspitze auch nach Tarif E5 bezahlen.

Und diese Kreativität und Fantasie, die wir brauchen, vermissen wir in den letzten Jahren und wir vermissen sie auch in dem Entwurf dieses Haushaltes. Wir finden solche kreativen Ansätze und Konzepte, die hoffen ließen, dass sich im laufenden Haushaltsjahr etwas bewegt, auch nicht in Ihrer Haushaltsrede oder in der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes. Wir vermissen einfach den konsequenten Willen zur Veränderung.

Dieser Wille zeigt sich nicht darin, dass Sie in Ihrer Haushaltsrede ankündigten und eine Woche vor Beginn der Haushaltsberatungen in den Ausschüssen über die Presse verkünden lassen, es fänden Gespräche mit Olpe über eine Zusammenlegung der Musikschulen statt, um entsprechenden Einwänden aus dem Rat den Wind aus den Segeln zu nehmen. Ich frage: warum erst jetzt? Als wir im abgelaufenen Jahr die Musikschule und die hohen Kosten für die Stadt diskutierten, wiesen Sie die Verantwortung für diese hohen Kosten allein dem Rat zu, indem Sie feststellten, es sei eine politische Entscheidung, diese Musikschule im derzeitigen Umfang zu betreiben, da könnten Sie nichts dran ändern, da müsse der Rat entscheiden, mit anderen Worten: für Initiativen zur Kostensenkung sahen Sie sich noch überhaupt nicht in der Pflicht.

Sicherlich gibt es den ein oder anderen Ansatz, der aus unserer Sicht in die richtige Richtung geht und den wir begrüßen wie z.B. die Gründung des Zweckverbandes Abfallwirtschaft. Ob dies allerdings wirklich zu Kosteneinsparungen führt, bleibt abzuwarten, und dies allein leistet kaum einen Beitrag, die Gemeindefinanzen zu sanieren, da die Kosten der Abfallentsorgung letztlich vom Bürger getragen werden, Kosteneinsparungen also den Gemeindehaushalt nicht entlasten.

Wenn die Stadt ernsthaft in 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen will, um die Konsequenz eines Nothaushaltes zu vermeiden, müssen endlich jetzt gravierende strukturelle Änderungen erfolgen, die nachhaltige Kostensenkungen zur Folge haben. Und dabei darf es keine Tabus geben und auch schmerzhaftes Einschnitte werden notwendig sein:

- Brauchen wir z.B. überhaupt zwingend einen eigenen Bauhof?
- Brauchen wir eine Stadtverwaltung in der heutigen Größenordnung? Während es normalerweise heißt, ein Mensch wachse mit seinen Aufgaben, ist es ja bei Verwaltungen bekanntermaßen umgekehrt: die Aufgaben wachsen mit den Menschen.
- Benötigen wir wirklich ein Bürgerbüro mit dieser Personalstärke und diesem Mietaufwand?
- Können wir uns ein Hallenbad überhaupt noch leisten?
- Können wir uns überhaupt eine Musikschule noch leisten? Wieviel Einsparpotential würde denn eine Zusammenarbeit mit Olpe überhaupt bringen? Eine gemeinsame Musikschule ist ja nicht notwendigerweise viel günstiger.
- Brauchen wir wirklich neue Archivräume, nachdem Sie selbst stolz verkündeten, erst unter Ihrer Ägide seien die Archivräume im Rathaus wirklich trocken und sauber geworden?
- Müssen wir wirklich sämtliche Parkplätze im Ortszentrum auch Dauerparkern kostenlos zur Verfügung stellen?

Da reden Sie von Chancen, die sich die Stadt nicht entgehen lassen dürfe, getreu dem Motto, je schöner desdo besser, oder wie oben bereits festgestellt: was nix kostet, taugt auch nix!

Verstehen Sie mich jetzt bitte nicht falsch: Wir plädieren hier jetzt nicht für die Schließung des Hallenbades oder der Musikschule. Wir wollen hier auch nichts kaputt reden. Wir möchten nur darauf hinweisen, dass wir uns heilige Kühe, über die nicht gesprochen werden darf, nicht leisten können. Und gesprochen werden muss zu gegebener Zeit, und das ist, bevor alle Entscheidungen in der Verwaltung bereits gefallen sind und der Rat hierzu nur noch nicken kann.

Legen Sie doch endlich einmal ein realistisches Konzept vor, wie Sie das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes bis 2017 erreichen wollen! Die im Haushaltssicherungskonzept dargestellten Maßnahmen zur Ertragsverbesserung sind, das ist jedenfalls angesichts der von Jahr zu Jahr weiter steigenden Verluste offensichtlich, nicht ansatzweise ausreichend. Solange wir nicht bereit sind, auch liebgewordene Dinge in Frage zu stellen, werden wir unser Ziel nicht erreichen.

Und wenn wir uns jetzt diese Fragen nicht stellen, werden in Zukunft andere die Frage stellen, ob wir überhaupt die Eigenständigkeit der Stadt Drolshagen noch brauchen!

Ich möchte die Aufzählung hier abbrechen, die Initiativen und der Wille zur Strukturveränderung müssen letztlich aus der Verwaltung kommen, wir im Rat können Ihre Arbeit nicht erledigen. Wir können lediglich Anregungen und Anstöße geben, wir können uns an der Diskussion beteiligen und auch eigene Ideen einbringen, wir können Ihre Arbeit, wenn sie uns überzeugt, politisch mittragen oder anderenfalls ablehnen. Wir, die UDW, sind jedenfalls

bereit, Sie auch bei unpopulären Maßnahmen zu unterstützen, wenn sie wirklich Initiativen für einen Neuanfang darstellen. Wir werden aber nicht unsere Stimme dafür geben, einfach so weiter zu machen wie bisher. Denn solange diese Initiativen der Verwaltung fehlen, ist heute schon absehbar, dass wir in 2017 den Haushaltsausgleich riskieren und dann ggf. mit einem Nothaushalt leben müssen. So riskieren wir die Selbstbestimmung in unserer Stadt.

Und über eines müssen wir uns im Klaren sein: Auch wenn es uns gelingen sollte, in 2017 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, dann haben wir allenfalls ein erstes Etappenziel erreicht. Die Stadt wird über Jahre positive Ergebnisse erwirtschaften müssen, um die Allgemeine Rücklage wieder aufzubauen und eine Ausgleichsrücklage wieder zu schaffen. Bei einer Kleinstadt mit relativ wenigen größeren Gewerbesteuerzahlern ist das Risiko stark schwankender Gewerbesteuereinnahmen sehr groß. Wollen wir nicht dauerhaft unter dem Damoklesschwert der Haushaltssicherung leben, dann müssen wir diese Rücklagen wieder in eine Größenordnung bringen, dass solche Schwankungen verkraftbar sind.

Mit dem jetzt vorgelegten Haushalt werden diese notwendigen Initiativen nicht ergriffen. Wir haben den Eindruck, dass mit den unangenehmen und vielleicht auch für den Bürger oder Teile der Verwaltung schmerzhaften Maßnahmen bis nach der Bürgermeisterwahl im Herbst abgewartet werden soll, um den Wähler nicht zu verschrecken, und wir hoffen nur, dass dann die Zeit nicht zu knapp und der Zug noch nicht abgefahren ist.

Wir wollen für Drolshagen auch finanziell noch eine Zukunft haben. Drolshagen ist eine lebenswerte und liebenswerte Stadt. Wir haben das Glück, in einem wunderschönen Umland zu leben, mit unseren Dörfern, eingebettet in die herrliche Landschaft des Sauerlandes, mit einem historischen Stadtkern, den es zu erhalten gilt und um den uns so manche Gemeinde beneiden wird. Hierdurch wird die Lebensqualität dieser Stadt geprägt und nicht von repräsentativen Neubauten und gestärkten Schulstandorten, sowie vor allem auch von den Menschen hier, von der Vielfalt der kulturellen Aktivitäten in den Dörfern und der Stadt, von dem Leben in den zahlreichen Vereinen und der mannigfachen ehrenamtlichen Tätigkeit unserer Mitbürger. Dies gilt es auch für die Zukunft zu sichern und zu erhalten, auch für unsere Kinder und Enkel.

Ich danke Ihnen!